

Die Steuern sind zu niedrig

Zu: „Unternehmen stärker beteiligen“
FR-Meinung vom 24. November

Es dämmert dem gemeinen Bürger schon länger, dass der Beschluss einer Schuldenbremse wohl eine Fehlentscheidung war. Angesichts der finanziellen Belastungen durch den Zustrom der Kriegsflüchtlinge wird daraus eine eklatante Fehlentscheidung. Da bringt eine Linke einen richtigen Gedanken in die Diskussion: Die Unternehmenssteuern sind zu niedrig! Ein Körperschaftsteuersatz von 15 % liegt, abgesehen von Irland, am unteren Rand in Europa. Damit kann man keinen Staat finanzieren. Man kann keine Straßen und keine Kanalisation unterhalten, man kann keine Schulen oder Schul Toiletten sanieren, ja im Grunde fahren wir in unserem Staat auf Verschleiß, wir leben von der Substanz. Neben Sahra Wagenknecht äußert sich in Daniela Trochowski eine weitere Linke mit bemerkenswertem ökonomischem Sachverstand. Davon könnte so manche schwarze Regierungs-Null eine Menge lernen.
Herbert G. Just, Wiesbaden



Grundlast durch Kohleverstromung

Zu: „Keine Zukunft in der Kohle“,
FR-Tagesthema vom 26. November

Frau Kemfert vom DIW Berlin erklärt, die Abschaltung von Kohlekraftwerken würden den Markt bereinigen und der Strompreis an der Börse würde Gaskraftwerke wieder rentabler machen. Das ist einer Professorin für Energieökonomie unwürdig. Strom aus „erneuerbaren Energien“ und aus Kohlekraftwerken haben bei der Einspeisung gesetzlich verankerten Vorrang vor der Einspeisung von Strom aus Gaskraftwerken. Als letztes Glied in der Kette sind Gaskraftwerke natürlich unrentabel.

Der Grund für den Vorrang der Kohleverstromung hingegen ist klar – man will (wegen der Abschaltung der AKW) die Grundlast durch Kohleverstromung sichern. Katja Wolf, Frankfurt

Es gibt Grenzen für Rivalitäten

Zu: „Fans rufen zu Gewalt auf“,
FR-Regional vom 26. November

Als Anhänger des SV Meppen, der lange in Frankfurt gelebt hat, freue ich mich, dass in SV Darmstadt 98 eine zweite hessische Mannschaft in der 1. Bundesliga spielt. Rivalitäten zwischen Frankfurter und Darmstädter Fans kann ich verstehen, aber es gibt Grenzen. Die müssen nicht so niederschwellig sein wie bei mir. War ich doch schon geschockt, als die Frankfurter Fans „unsere“ Meppener Spieler am 26.4.1998 bei ihrer Vorstellung jeweils mit „Arschloch“ begrüßten. Es war bitter genug, dass „wir“ das Spiel mit 1:0 verloren haben und seit der Saison nicht mehr in der 2. Bundesliga spielen. Gregor Böckermann, Neu-Isenburg

Bronski ist Ihr Mann in der FR-Redaktion

Schreiben Sie an:
Bronski, Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main
Faxen Sie an: 069 / 2199-3666
Mailen Sie an: Bronski@fr.de
oder Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann. Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

Olympia-Bewerbung ohne soziale Nachhaltigkeit

Zu: „Trotzdem Olympia“, Kommentar von Harry Nutt, FR vom 28. November 2015, S. 11

Passiv und völlig unspornlich

Kein Mensch braucht die gigantischen Großveranstaltungen wie Olympia, EM oder WM! Allein die Medien brauchen sie, vor allem aber das Fernsehen für die Zuschauerquoten. Natürlich sind sie auch nützlich für Sportfunktionäre und Geschäftemacher, die ihren Profit daraus ziehen, oft allerdings begleitet von massiver Korruption und allerlei Betrügereien.

Herr Hörmann schwadroniert von einem „super Sport-Sommer 2024“, wenn Olympia und die EM nach Deutschland kommen würden. Was soll denn bitte schön daran ein super Sport-Sommer sein, wenn Millionen Menschen passiv und völlig unspornlich vom Sofa aus in der Glotze irgendwelchen übertrieben ehrgeizigen Athleten dabei zuschauen, wie sie einen sinnlosen Rekord nach dem anderen aufstellen oder wie hochbezahlte Profis Fußball-Schauspiele veranstalten? Wie immer werden dann diese sinnlosen Spektakel von den Medien befeuert, um in der Bevölkerung ein illusionäres Wir-Gefühl zu erzeugen, begleitet von irrationalen Nationalstolz und einem irrwitzigen und völlig unangemessenen hysterischen Personenkult um die Sportler.

Wir sollten endlich damit aufhören, solche Sportevents zu nutzen, um Pseudo-Nationalstolz oder gar Nationalismus zu fördern und so etwas wie Ersatzkriege zwischen den Nationen im Kampf um Medaillen und Tore zu führen. Angesichts drohender Klimakatastrophen und der Flüchtlingsdramen müssen die Nationen vielmehr miteinander und nicht gegeneinander kämp-

fen und sollten ihre finanziellen Ressourcen für wichtigere Aufgaben einsetzen. Ganz nebenbei verursachen übrigens solche Großereignisse aufgrund der gigantischen Touristenströme auch große Schäden fürs Klima, dem ja in der gleichen Ausgabe der FR viel Platz gewidmet wird. Vernünftigerweise sollte also das Gegenteil des Leitartikels gelten: Es gibt gute Gründe, dass sich die Länder der Welt eben nicht für solche unsinnigen Ereignisse an einem Ort versammeln!

Hans-Georg Becker, Frankfurt

Falsches Politikverständnis

Der Kommentar von Harry Nutt spannt einen zu kurzen Bogen. Denn auch wenn es gute ökonomische Gründe für die Hamburger Olympiabewerbung gab, darf man nicht den äußerst wichtigen Aspekt der fehlenden sozialen Nachhaltigkeit des bisherigen Konzeptes verschweigen, der im Übrigen leider in negativer Hinsicht etwas über das Verständnis vom gesellschaftlichen Zusammenhalt bei so manchem SPD-Politiker aussagt. Schließlich spricht es Bände für eine ausgeprägte Bürgerferne, wenn man nicht nur die Folgen eines derartigen Großereignisses für die ärmeren und vornehmlich von Immigranten bewohnten direkt benachbarten Quartiere Veddel sowie Grasbrook weiterhin ignoriert, sondern sich bereits im Kern jeglichem Dialog verweigert, indem man gerade hier, wo es besonders wichtig wäre, und im krassen Gegensatz zum übrigen Stadtgebiet keine Informationsabende mit dem Bürgermeister oder anderen Senatsmitgliedern veranstaltet. Deswegen

bleibt in jedem Fall das ernüchternde Fazit, dass sich insbesondere auf Grund eines falschen Politikverständnisses seitens führender Sozialdemokraten die Demokratie in Hamburg hin zu einer reinen Angelegenheit für die beiden oberen Drittel der Gesellschaft entwickelt, wie es viele Forscher schon seit längerem als allgemeinen Trend kritisieren!

Rasmus Ph. Helt, Hamburg

Kaum noch Argumente für Olympia

Sehr geehrter Herr Nutt, Sie schreiben: „Es gibt noch immer gute Gründe dafür, dass sich die Länder der Welt zum sportlichen Kräftenessen für ein paar Tage an einem Ort versammeln. Der wichtigste ist der Selbstanspruch einer offenen Gesellschaft auf den Erhalt ihrer Durchlässigkeit. Olympische Spiele standen seit jeher im Zeichen einer Welt, die sich in Bewegung befindet. Mehr denn je wird es darauf ankommen, dieser Bewegung eine Richtung zu geben.“ Auch ein Nein in Hamburg gibt ein klares Signal, ein deutliches Zeichen und eine Richtung vor. Für den Erhalt der Durchlässigkeit unserer offenen Gesellschaft. Wenn „die weltpolitische Lage“ das einzige Argument für Olympia ist – es gibt zwar keine anderen Argumente dafür, aber „machen wir's halt irgendwie trotzdem“, weil es „weiter gehen muss wie immer“, dann ist das schon ziemlich traurig. Olympia aus Prinzip, auch wenn es kaum noch Argumente dafür gibt? Ich stimme für Bewegung und habe mit einem Nein beim Referendum gestimmt.

Sebastian Winkelmann, Hamburg

Diskussion: frblog.de/nolympia

Verständnis für Politikverdrossenheit

Zu: „Mehr Rente, mehr Steuern“, FR-Wirtschaft vom 24. November

Wenn ich lese, wie sich die Steuerbelastung für Rentner in den nächsten Jahren entwickelt und wie andererseits die Millionäre bei der Besteuerung ihrer Einnahmen geschont werden, oder wie die Aufklärung von Steuerdumping in der EU torpediert wird, muss ich zwangsläufig Verständnis für die Politikverdrossenheit und Wahlenthaltung vieler MitbürgerInnen aufbringen.

Bekanntlich wird der Rentensatz in den kommenden Jahren weiter unter das Existenzminimum sinken, während ausgerechnet diese Personengruppe erbarungslos stärker zur Kasse gebeten wird, wie aus dem zitierten Beitrag hervorgeht. Dagegen können multinationale Konzerne dank des ungerechten, unsozialen Steuerrechts vieler Staaten ihre Steuern legal auf bis unter ein Prozent ihrer Gewinne drücken. Wie bereits in den Leserbriefen von Thomas Ewald-Wehner (18.11.) und von Günter Steinke (20.11.) zu Recht die Verlogenheit bei den angeblichen Bemühungen von EU-Politikern kritisiert wurde, wird nun offensichtlich, dass der von den EU-Abgeordneten Udo Bullmann und Pe-

ter Simon im Gastbeitrag vom 12.11. vollmundig angekündigte „Neustart im Kampf gegen Steuerermeidung“ entweder nicht ernst gemeint war oder dass diese Abgeordneten von ihrem Fraktionsvorsitzenden Gianni Pitella glattweg überfahren wurden, indem dieser die Verlängerung des Sonderausschusses TAXE, der die Skandale um Luxleaks und Steuerdumping in der EU aufklären sollte, abgelehnt hat.

Niedrige Steuersätze

Hier sei die Frage erlaubt, welche Interessen dahinter stecken, dass Schulz die Aufklärung dieser Affären verhindert. Will er Kommissionspräsident Juncker, der die Konzerne mit dem Versprechen von niedrigen Steuersätzen in sein Land lockte, decken und/oder Jeroen Dijsselbloem, der als Finanzminister der Niederlande großzügige Regeln für Briefkastenfirmen eingeführt hat?

Selbstverständlich ist Schäuble, die personifizierte Schwarze Null, an diesem falschen Spiel nicht unbeteiligt. Anstatt sich endlich um ein gerechtes Steuersystem zu kümmern, ruft er zur

Rettung seiner Schwarzen Null die übrigen Ministerien zu Kürzungen auf, um die Kosten des Flüchtlingsproblems zu finanzieren. Doch man erinnere sich nur an seine schwarze Kasse im Rahmen der Parteispenden, an das – glücklicherweise gescheiterte – Steuerhinterziehungsabkommen mit der Schweiz oder die vorgehene Neuregelung der Erbschaftsteuer, durch die die Milliardenerven auch künftig verschont werden. Nicht einmal auf Warnungen aus Luxemburg, wonach deutsche Firmen dort ungewöhnlich hohe Profite generiert hatten, hat er reagiert. Nebenher hat er ungerechtfertigte Steuerbefreiungen an die skandalbehafteten Fußballverbände DFB und FIFA oder für Golfturniere „verarmter“ Millionäre zu verantworten; für die Deckungslücken infolge dieser Geschenke müssen dann die Rentner herhalten. Seinen Schwur, den Nutzen des Volkes – nicht allein der Reichen – zu mehren und Schaden von ihm zu wenden sowie Gerechtigkeit gegen jedermann zu üben, scheint der Christdemokrat Schäuble völlig zu ignorieren.

Peter Boettel, Göppingen